

Kongress-Antrag 9: Migrationskommission des SGB

Aktive Beteiligung des SGB an der Abstimmungskampagne zur «Demokratie-Initiative»

«Die Demokratie-Initiative» wurde im November 2024 eingereicht. Die Abstimmung wird voraussichtlich 2027 stattfinden. Die Initiative bezweckt erleichterte, willkürfreie und objektivierbare Kriterien bei den Einbürgerungen.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund unterstützt die Abstimmungskampagne wie folgt:

1. Unterstützung der Hauptkampagne in Absprache mit dem Kampagnenkomitee und Allianzen
2. Innergewerkschaftliche Kampagne mit Mobilisierung in allen Verbänden
3. Notwendige personelle und finanzielle Ressourcen stellen

Begründung:

Viele der betroffenen Personen, Migrant:innen aus erster, zweiter oder dritter Generation, sind auch in den Gewerkschaften Mitglied und kämpfen gemeinsam mit ihren Arbeitskolleg:innen für gute Arbeitsbedingungen, anständige Löhne und faire Renten. Auch wenn das ein gemeinsamer Kampf ist, kämpfen viele unserer Kolleg:innen ohne Schweizerpass mit zusätzlichen strukturellen Problemen als Arbeiter:innen mit einem Schweizer Pass. Aufgrund unsicherer und oft sehr prekärer Aufenthaltsbewilligungen sind sie verschiedener Formen der Diskriminierung, Ausbeutung und Rassismus ausgesetzt. Das können wir nur ändern, indem die Aufenthaltssicherheit gestärkt wird und die politische Mitsprache ermöglicht wird.

Paradigmenwechsel im Schweizer Bürgerrecht

In der Schweiz leben beinahe 2.6 Millionen Menschen ausländischer Nationalität, insgesamt über ein Viertel der Schweizer Bevölkerung. Sie haben keine politischen Rechte und sind gegenüber Schweizer Bürger:innen strukturell schlechter gestellt. In einem demokratischen Land führt das zu Legitimationsproblemen bei den (direkt)demokratischen Entscheidungen. Die „Demokratie-Initiative“ fordert einen Paradigmenwechsel im Schweizer Bürgerrecht: Wer dauerhaft hier lebt und objektive, abschliessende Kriterien erfüllt, soll einen Anspruch auf Einbürgerung haben. Das Einbürgerungsverfahren soll vereinfacht und die heute oftmals vorherrschende Willkür und Klassenfrage bei den Einbürgerungen beendet werden. Die Demokratie-Initiative ist die erste und einzige Volksinitiative für eine progressive „Ausländerpolitik“ seit der sogenannten „Mitenand-Initiative“, die vor 50 Jahren lanciert wurde. Für ein Recht auf politische Mitbestimmung und Aufenthaltssicherheit – für alle, die hier zuhause sind.

*Stellungnahme des Vorstandes: **Annahme***

Begründung:

Die «Chaos-Initiative» der SVP hat gezeigt, dass die Schweizer Bevölkerung in Migrationsfragen stark gespalten und polarisiert ist. Während sich fremdenfeindliche Vorschläge häufen und an Popularität gewinnen, ist es wichtig, dass sich der SGB entsprechend positioniert und seine Stimme erhebt, um die Werte zu verteidigen, die ihn leiten: Teilhabe und Solidarität statt Ausgrenzung. Tatsächlich verfügt ein erheblicher Teil der Arbeitnehmenden, die dauerhaft in der Schweiz leben

und arbeiten, über keine politischen Rechte. Die Frage ihrer politischen Teilhabe betrifft die Gewerkschaftsbewegung deshalb unmittelbar. Der SGB wird sich an der Abstimmungskampagne zur Demokratie-Initiative beteiligen und zur Mobilisierung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung beitragen. Die konkreten Modalitäten dieses Engagements sowie die dafür eingesetzten Mittel werden vom Vorstand je nach politischem Kontext, der Ausgestaltung der Kampagne und den Prioritäten des SGB festgelegt.